



Niederschrift

über die

**Gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses und der
AG Kindertagesbetreuung**

am 12.05.2021

Anwesend

Jugendhilfeausschuss

- Vorsitz

Raoul Taschinski

- Mitglieder

Andreas Behringer

Kerstin Bub

Fabian Ehmann

Lara Melissa Enders (Vertretung für Frau Bauer-Bertram)

Ruth Jaensch

Ellen Kubica (bis 17Uhr)

Marita Boos-Waidosch (ab 17:00 Uhr, Vertretung für Frau Kubica)

Dr. Eckart Lensch

Kurt Mehler

Leonie Sayer

Jana Schneiß

Claudia Siebner

Karsten Sieling

- Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)

Setna C. Barclay

Johannes Blüm

Klaus Engelberty

Michael Kurz

Regine Schuster

Anja Tott

Lukas Winterholler

- beratende Mitglieder

Juliane Opalka

Bernd Quick

Viktor Piel

Andreas Winheller (ab 17:30 Uhr)

Matthias Braun

Christine Ellrich (Vertretung für Frau Weickart)

Michael Krück-Weißmüller

Gerold Meurer

Dr. Gabriele von der Weiden

Joanna Wroblewska-Nell (Vertretung für Frau Kischner)

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Natascha Bauer-Bertram

- beratende Mitglieder

Nicole Dumno

Michael Elsen

Regina Fülber

Marcus Hansen

Anna Kischner

Stefanie Pfeffer

Gloria Vasquez-Caicedo Le Roux

Eva Weickart

AG KiTa

- Vorsitz

Viktor Piel

- Mitglieder

Andreas Behringer

Kerstin Bub

Lara Melissa Enders (Vertretung für Frau Bauer-Bertram)

Ruth Jaensch

Ellen Kubica (bis 17Uhr)

Marita Boos-Waidosch (ab 17:00 Uhr, Vertretung für Frau Kubica)

Dr. Eckart Lensch

Kurt Mehler

Jana Schneiß

Claudia Siebner

Karsten Sieling

Hubert Tratzky

- Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)

Niels Becker

Judith Eberhardt (Vertretung für Frau Tariq)

Klaus Engelberty

Ursula Schade

Julia Schier

Friederike Nisslmüller

Andreas Winheller

Björn Witczak

Manuela Speth

- Verwaltung

Thomas Hauf

Juliane Opalka

Bernd Quick

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Natascha Bauer-Bertram

- Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)

Ebru Seker
Schlera Tariq

Tagesordnung

a) öffentlich

1. Aktuelle Lage in den Kindertagesstätten - mündlicher Bericht
2. Umsetzung des KitaG in Mainz - mündlicher Bericht
3. Übergangsvereinbarung kommunale Zuschüsse für den laufenden Betrieb von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft im Jugendamtsbezirk Mainz
4. Städtische Investitionskostenzuschüsse an freie Träger von Kindertagesstätten
5. Sozialraumbudget - aktueller Sachstand
6. Mitteilungen und Verschiedenes

Die Sitzung findet gemäß § 35 Abs. 3 Gemeindeordnung (GemO) als Videokonferenz statt. Die erforderliche Zustimmung von 2/3 der Mitglieder liegt vor. Der Vorsitzende Herr Taschinski leitet die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit der Arbeitsgruppe Kindertagesbetreuung des Jugendhilfeausschusses und eröffnet um 16:15 Uhr die Sitzung. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 **Aktuelle Lage in den Kindertagesstätten - mündlicher Bericht**

Herr Taschinski übergibt nach kurzer Erläuterung des heutigen Sitzungsablaufs das Wort an Frau Opalka, Leiterin Amt für Jugend und Familie. Frau Opalka begrüßt die Ausschussmitglieder und verschafft einen Überblick über die aktuelle Lage in den Kindertagesstätten. Sie geht unter anderem auf die Rückkehr in den Regelbetrieb unter Corona-Bedingungen ab dem kommenden Montag ein. Aktuell werden 3.500 Kinder in den Einrichtungen betreut. Während der zweiwöchigen Notbetreuung und im Rahmen der Bundesnotbremse im April waren ca. 2.000 bis 2.500 Kinder in Betreuung.

Derzeit sind Kinder in sieben Gruppen von Covid-19 betroffen und die Gruppen geschlossen. Für 36 Vollzeitäquivalente besteht aktuell eine Quarantänepflicht. Frau Opalka weist auf die seit Anfang April verschärften Hygienemaßnahmen sowie die Einführung einer Maskenpflicht in den Kitas hin, die auch innerhalb der Kinderbetreuung gilt. Sobald Lockerungen in Aussicht sind, werden diese umgesetzt.

Frau Opalka teilt mit, dass im Rahmen der Ausschreibung von KiTa-Helfer:innen bis Anfang Mai 141 Bewerbungen eingegangen sind, was eine positive Resonanz für das Projekt zeigt. Insgesamt 32 Helfer:innen befinden sich aktuell im Einsatz.

Nach Ende des mündlichen Beitrags wird die Fragerunde eröffnet und Frau Opalka beantwortet mehrere Rückfragen der Ausschussmitglieder. Derzeit ist noch nicht absehbar, wie viele KiTa-Helfer:innen eingestellt werden. 20 Einrichtungen starten mit bis zu 2 Helfer:innen. Eine Statistik oder entsprechende Rückmeldungen über bereits erfolgte Impfungen des KiTa Personals gibt es nicht aufgrund der nicht bestehenden Impfpflicht. Es wurden 870 Impfbescheinigungen ausgestellt.

Frau Opalka bittet nach negativen Rückmeldungen über das Stellenbesetzungsverfahren bei Erzieher:innen Herrn Mehler darum, sich direkt bei ihr zu melden, sollten in der Zukunft weitere Probleme auftreten und es zu längeren Verzögerungen kommen.

Herr Beigeordneter Dr. Lensch unterstützt bei der Beantwortung der Frage hinsichtlich der Einführung von „Pool-Lollitests“, deren Finanzierung vom Landesjugendamt abgelehnt wurden. Als Begründung gibt das Landesjugendamt die fehlenden Testkapazitäten in den Labors für die PCR-Tests an. Diese Tests seien den Betroffenen vorbehalten, die z.B. durch einen positiven Schnelltest auf einen PCR-Test angewiesen sind. Auch erklärt Herr Dr. Lensch, dass aktuell kein zusätzlicher Gewinn durch die Einführung von Lüftungsanlagen gesehen wird; eine Änderung dieser Einschätzung aber nicht auszuschließen ist.

Punkt 2 **Umsetzung des KitaG in Mainz - mündlicher Bericht**

Nach Einführung durch Herrn Dr. Lensch und Frau Opalka in den TOP 2 übergibt der Vorsitzende Herr Taschinski das Wort an Herr Hauf, Abteilungsleiter Kindertagesstätten und Herr Cartus, Jugendhilfeplaner, welche eine Power Point Präsentation zum Thema KiTa Zukunftsgesetz vor-

bereitet haben und den Ausschussmitgliedern präsentieren. Die Präsentation wird den Ausschussmitgliedern zusammen mit dem Protokoll zur Verfügung gestellt.

Die wichtigsten Handlungsfelder sind die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf eine siebenstündige Betreuung am Stück bei Erhalt der Betreuungsplätze ab Inkrafttreten des KiTa-Zukunftsgesetzes zum 01.07.2021. Ziel ist die Umwandlung von 1.086 Teilzeitplätzen (TZ) (Stand 31.12.2020) in 41 Kitas (25 Kitas freier Träger, 16 städt. Kitas) zu Ganztagsplätzen (GZ), die Beratung städt. Kitas und der Kitas freier Träger, Zuschüsse für freie Träger sowie die Beteiligung von Elternausschüssen. Stand heute werden zum 01.07.2021 ca. 80% aller TZ-Plätze auf dem Stadtgebiet umgewandelt sein.

Im Fokus stehen außerdem kommunale Zuschüsse für Kitas in freier Trägerschaft sowie die Beantragung neuer Betriebserlaubnisse bis zum 30.06.2021, welche unter anderem Voraussetzung für Landeszuschüsse sind und aus denen sich die Personalisierung ergibt. Am 15.06.2021 wird dem Jugendhilfeausschuss ein Konzept zum Sozialraumbudget, vorgelegt, das Grundlage für die Verteilung der Mittel des Sozialraumbudgets (§ 25 Abs. 5) sein wird. Im Januar wurde bereits ein Rahmenkonzept präsentiert. Dafür wurden in einer Arbeitsgruppe inhaltliche und fachliche Schwerpunkt erarbeitet.

Durch die neue gesetzliche Regelung kommt es zu einer Erweiterung des Kindertagesstätten-Bedarfsplans, welcher ebenfalls dem Jugendhilfeausschuss in der kommenden Sitzung vorgelegt wird. Hier geht es um die Ausweisung der notwendigen Betreuungsplätze, die Festlegungen zu Betreuungszeiten und Sozialräumen, die Beteiligung des Städtelternausschusses als Beteiligungsgremium in der Bedarfsplanung und den freien Trägern sowie die Abstimmung mit anderen Planungsbereichen.

Herr Hauf teilt anschließend mit, welche Maßnahmen im Rahmen des neuen KiTaG noch anstehen. Zum einen werden weitere Module in „KiDz“ für Personal, Kinder, Zuschüsse und Monitoring ausgerollt. Ebenso soll es zu einer Konkretisierung des KiTaG durch weitere Richtlinien kommen. Auch steht die Klärung der Mit-Finanzierung der Betreuungsplätze für behinderte Kinder nach dem KiTaG, d.h. KiTa's mit integrativen Gruppen aus, sowie der Abschluss von Zuschuss-Vereinbarungen mit den Trägern.

Herr Taschinski bedankt sich bei Herrn Hauf und Herrn Cartus für den informativen Vortrag und teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zusammen vorgestellt werden. Das Thema Sozialraumbudget wird separat im Anschluss unter TOP 5 behandelt. Der Vorsitzende eröffnet die Fragerunde.

Frau Siebner von der CDU bittet um Klärung, welche Möglichkeiten Einrichtungen geboten werden, die keine Regeleinrichtung sind und bisher noch nicht die notwendige Ausstattung haben, um Kindern bei der siebenstündigen Betreuung ein Mittagessen zu bieten.

Frau Opalka erläutert, dass es eine übergeordnete Rahmenvereinbarung des Landes geben wird, bis dahin jedoch eine Übergangslösung gefunden werden muss, bis die Rahmenvereinbarung in Kraft tritt. Herr Hauf ergänzt, dass die sieben Einrichtungen, die keine Regeleinrichtung sind, von einem Sofortprogramm der Elterninitiative gefördert werden. Von den sieben Verbliebenen haben Stand heute drei Träger angekündigt, Regeleinrichtungen werden zu wollen und darin entsprechende Vorteile sehen. Die Kindertagesstätten in Mainz sind baulich relativ gut aufgestellt, wodurch Umbaumaßnahmen vereinfacht werden, um den räumlichen Rahmen zu schaffen. Herr Behringer ergänzt, dass 80 Millionen Euro für Umbaumaßnahmen und zusätzliches Personal vom Land Rheinland-Pfalz im Rahmen des KiTaG zur Verfügung gestellt werden, plus zusätzliche Investitionsmittel für zum Beispiel den Umbau von Küchen.

Frau Schuster vertritt für den DPWV insbesondere die Interessen der Einrichtungen, die keinem kirchlichen Träger angeschlossen sind. Sie dankt der Verwaltung für die bisherigen positiven Verhandlungen zur Umsetzung des Gesetzes, äußert jedoch Zweifel, ob das neue Gesetz alle Problemlagen abdeckt. Vor allem das Kindeswohl komme aus ihrer Sicht zu kurz. Hier bestehe nach Auffassung des DPWV noch Nachbesserungsbedarf, der sich auch auf die Personalisierung auswirke. Zur Finanzierung der Einrichtungen müssten unbedingt die gesamten Betriebskosten in die Betrachtung einbezogen werden. Sie wird daher zur Verwaltungsvorlage unter TOP 3 einen entsprechenden Antrag einreichen.

Frau Jaensch möchte gerne bestätigt haben, ob Eltern Ersatzplätze angeboten werden, sollte ihr Kind von einem Wegfall einzelner Hortplätze betroffen sein bzw. eine Übergangsregelung vereinbart wird, damit die Eltern in dieser Umbruchphase nicht alleine gelassen werden. Des Weiteren fragt Sie nach, wie die Übergangsfristen für die Umbaumaßnahmen aussehen, wie weit diese ausgedehnt werden können und inwiefern auf die Träger eingegangen wird. Herr Hauf bestätigt die Unterstützung von Kindern und Eltern. Allen betroffenen Eltern wurden wohnortsnahe Hortplätze angeboten. Für die Umbaumaßnahmen ist eine Übergangsfrist bis 2028 vorgesehen.

Durch das neue KiTaG wird sich die Personalberechnung verändern. Frau Nisslmüller fragt diesbezüglich nach, wie viele Vollzeitäquivalente aktuell noch unbesetzt sind und wie viele Ausbildungsplätze für das Ausbildungsjahr 2021/2022 vergeben wurden. Herr Abteilungsleiter Hauf sagt zu, die Zahlen für das Protokoll zur Verfügung zu stellen.

Nachtrag: Stand 17.05.2021 sind in städt. Kitas 72 Vollzeitäquivalente/päd. Fachkräften vakant. Hinzu kommen 4,9 vakante Vollzeitäquivalente/Interkulturelle Fachkräfte. Die Ausbildungsplatzkapazitäten in den in Mainz befindlichen Berufsfachschulen werden zum neuen Schuljahr nicht erhöht.

In den weiteren Wortbeiträgen wird das KiTaG überwiegend positiv bewertet und die Situation in Mainz als gute Ausgangslage hervorgehoben. Es besteht Einigkeit, dass die Vielfalt in der KiTa-Landschaft bestehen bleiben muss.

Herr Taschinski beendet nach weiteren ausführlichen Wortbeiträge die Fragerunde und übergibt das Wort an Frau Opalka zur Einführung in die Tagesordnungspunkte 3 und 4.

Punkt 3 **Übergangsvereinbarung kommunale Zuschüsse für den laufenden Betrieb von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft im Jugendamtsbezirk Mainz**
Vorlage: 0762/2021

Die Amtsleiterin Frau Opalka erläutert die zur Abstimmung vorliegenden Beschlussvorlagen. Es entsteht eine kritische Diskussions- und Fragerunde unter den Ausschussmitgliedern zur Vorlage.

Frau Schuster vom Paritätischer Wohlfahrtsverband Rheinland-Pfalz/Saarland stellt einen Antrag und Herr Winheller vom Städtelternausschuss Mainz formuliert zwei Vorschläge zur Einführung in die Vorlage. Frau Siebner von der CDU übernimmt die Vorschläge des Städtelternausschusses und stellt die nachfolgenden Anträge.

Frau Jaensch beantragt eine Unterbrechung. Diesem Antrag wird stattgegeben. Die Sitzung wird für 15 Minuten unterbrochen bis 19:45 Uhr.

Frau Jaensch bittet nach der Unterbrechung um Zurückstellung der Änderungsanträge. Diese Bitte wird vom Ausschuss abgelehnt.

1. Änderungsantrag von Frau Siebner unter „zu 2. Absatz 1 Satz 2“

„Hier insbesondere die Reduzierung des Trägeranteils an den Personalkosten auf **grundsätzlich 4%. In begründeten Ausnahmefällen kann diese Quote auch noch unterschritten werden, wenn dies erforderlich ist, um die Trägerpluralität und die Gewährleistung des Wunsch- und Wahlrechts der Eltern zu sichern.**“

Die AG KiTa empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss einstimmig, die Verwaltungsvorlage entsprechend zu ändern.

2. Änderungsantrag von Frau Siebner unter „zu 2. – Absatz 4 Satz 1“

„Im Falle des **nachgewiesenen** Mehrbedarfs bei Personalstunden für Wirtschaftskräfte (z.B. wenn es mehr Esskinder in den Kitas geben sollte) gewährt die Stadt diese den freien Trägern.“
Es wird der zweite Halbsatz „auf Grundlage des sog. „Controllingpapiers““ gestrichen.

Die AG KiTa empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss einstimmig, die Verwaltungsvorlage entsprechend zu ändern

3. Änderungsantrag von Frau Schuster unter „zu 2. Absatz 1 Satz 2“

„Darüber hinaus soll die Aufnahme von Verhandlungen zur Angemessenheit der Eigenleistung der freien Träger hinsichtlich der Personal- und Sachkosten geführt werden.“

Der Jugendhilfeausschuss stimmt mit 4 Gegenstimmen, 4 Enthaltungen und 10 Ja-Stimmen dem Änderungsantrag mehrheitlich zu.

Herr Taschinsky stellt die Verwaltungsvorlage mit den vorgenannten Änderungen zur Abstimmung:

Die AG KiTa stimmt der Verwaltungsvorlage mit den vorgenannten Änderungen einstimmig zu. Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Verwaltungsvorlage mit den vorgenannten Änderungen mehrheitlich mit 14 Ja-Stimmen und 6 Gegenstimmen zu.

Punkt 4 Städtische Investitionskostenzuschüsse an freie Träger von Kindertagesstätten **Vorlage: 0752/2021**

Herr Mehler stellt nach einzelnen kritischen Wortmeldungen der Ausschussmitglieder und entsprechenden Erläuterungen durch die Verwaltung einen Ergänzungsantrag. Frau Siebner schließt sich mit einem Änderungsantrag zur Beschlussvorlage an. Es kommt zunächst der Änderungsantrag zur Abstimmung:

Änderungsantrag von Frau Siebner unter „zu 2. Absatz 2 Satz 3 in der Beschlussvorlage“

Der Satz „Die Förderung ist nur möglich, wenn mindestens zehn Ü2-Plätze gefördert werden.“ wird gestrichen.

Die AG KiTa empfiehlt dem JHA einstimmig diese Änderung.

Der Änderungsantrag wird vom JHA mit 10 Gegenstimmen, 3 Enthaltungen und 6 Ja-Stimmen abgelehnt.

Die Verwaltungsvorlage wird mit 1 Gegenstimme, 1 Enthaltung und 14 Ja-Stimmen mehrheitlich beschlossen.

Ergänzungsantrag von Herrn Mehler unter „zu 2 a) Satz 1 – der Richtlinien“ (Seite 5 der Vorlage)

„Für Kinder im Alter bis zum Schuleintritt können Maßnahmen zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze, Maßnahmen für den Erhalt eines bedarfsgerechten Betreuungsangebotes...“

Der Ergänzungsantrag wird mit 14 Gegenstimmen, 4 Enthaltungen und 2 Ja-Stimmen mehrheitlich vom JHA abgelehnt.

Der Stadtrat beschließt, nach den Vorberatungen im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen, die im Anhang befindlichen „Richtlinien über die Gewährung von städtischen Zuschüssen zu den Bau- und Ausstattungskosten von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft im Jugendamtsbezirk Mainz“. Die Richtlinien treten zum 01.07.2021 in Kraft.

Die vom Stadtrat in der Sitzung am 12.09.2018 beschlossenen Richtlinien über die Gewährung von städt. Zuschüssen zu den Bau- und Ausstattungskosten von Kindertagesstätten im Jugendamtsbezirk Mainz“ treten mit Wirkung zum 30.06.2021 außer Kraft.

Die AG Kita, der Jugendhilfeausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen beraten vor und der Stadtrat beschließt, vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplans für die Jahre 2021/2022 durch die ADD, die außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das Projekt „Investitionszuschüsse an freie Träger“ in Höhe von 1.000.000 Euro im Haushaltsjahr 2022.

Punkt 5 **Sozialraumbudget - aktueller Sachstand**

Der Tagesordnungspunkt 5 wird auf die Sitzung am 15.06.2021 verschoben.

Punkt 6 **Mitteilungen und Verschiedenes**

Herr Winheller informiert über die aktuelle Tweetnachricht, dass von Seiten des Bundes 80 % der Aufwendungen für Luftreinigungsgeräte in Schulen und Kindertagesstätten gefördert werden. Der Vorsitzende Herr Taschinski beendet die Sitzung und bedankt sich für die Diskussionskultur.

Ende der Sitzung: 21:15 Uhr

gez.
.....
Raoul Taschinski
Vors. des Jugendhilfeausschusses

gez.
.....
Viktor Piel
Vors. der AG KiTa

gez.
.....
Dr. Eckart Lensch
Beigeordneter

gez.
.....
Nadine Bugner
Schriftführung